

Antrag

der Abgeordneten Bernd Schattner, Kay Gottschalk, Ulrike Schielke-Ziesing, Klaus Stöber, Albrecht Glaser, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, René Bochmann, Gereon Bollmann, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Petr Bystron, Dr. Michael Ependiller, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Nicole Höchst, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Stefan Keuter, Rüdiger Lucassen, René Springer, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Bürger und Mittelstand entlasten – Steuersenkungen als Reaktion auf die Inflation durchsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen rigoros verhängten Maßnahmen wirken als Brandbeschleuniger für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise.

Derzeit ist Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, hohe Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

Die seit Jahren formulierten Vorschläge, für Notsituationen geschaffene Staatsfonds für eine andere Nutzung „umzuetikettieren“, münden nun absehbar in die Umwandlung des in der COVID-19-Zeit „gebildeten“ Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit mehreren 100 Milliarden Euro Einlagen in einen „Klima-“ oder „Transformationsfonds“, was die schädlichen Ausgaben zum Beispiel für die Energiewende oder die Verkehrswende verstetigen oder gar verstärken dürfte – wieder eine Maßnahme, die auf Angst gegründet ist.

Restriktiv und regulativ angelegte „Wirtschaftslenkung“ wie CO₂-Steuer, CO₂-Emissionszertifikatehandel oder CO₂-induzierte Quoten schaden der Wirtschaft, vermindern den Wohlstand und sind im Kern nichts anderes als selektiv zugestandene Privilegien, also illiberal und undemokratisch erworbene Gruppenrechte. Wettbewerb und Leistungsorientierung des demokratischen Rechtsstaats werden so mittel- und langfristig durch Willkür ähnlich jenen archaischen Stammesgesellschaften ersetzt.

Die geplante Umstellung der Stahl- und Chemieindustrie auf durch regenerative Energieträger erzeugten „grünen“ Wasserstoff würde den Bedarf an Windenergie- und Photovoltaikanlagen auf ein Maß ansteigen lassen, der nicht mehr in Deutschland und seinen Meeresgebieten erzeugt werden kann. Der Import derartigen Wasserstoffs würde

die Abhängigkeit Deutschlands von Energie- und Rohstoffimporten weiter erhöhen, statt sie zu senken. Die Energiekosten würden noch weiter ansteigen.

Wohlstand entsteht durch effiziente, nachhaltige Nutzung von Technik und der jederzeitigen einfachen Verfügbarkeit kostengünstiger Energie für jedermann. Die Inflationsrate in Deutschland steigt stetig und geht auf die 6 % zu. Dementsprechend erhöhen sich auch die Verbraucherpreise drastisch. Die Corona-Krise, der Krieg zwischen Russland und der Ukraine und damit die Verknappung von Öl, Gas, Mineraldünger und anderen Rohstoffen verschärfen den Anstieg der Inflationsrate um ein Vielfaches.¹ Auch der Weizenpreis klettert immer weiter nach oben. Denn Russland und die Ukraine sind weltweit für knapp 30 % aller Weizenexporte verantwortlich.

Die Aussetzung der Mehrwertsteuer wäre eine kurzfristig umsetzbare Alternative zur Reduzierung der Energiesteuer, die in vergleichbarer Höhe zu einer Mindereinnahme des Bundeshaushaltes führen würde. Die Mehrwertsteuereinnahmen für Benzin bei einem Mehrwertsteuersatz von 19 % betragen 6,16 Mrd. Euro, bei Diesel belaufen sich die Einnahmen auf 10,87 Mrd. Euro.

Zusätzlich sollte das Brennstoffemissionshandelsgesetz mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden, da es zu einer weiteren unverhältnismäßigen Belastung der mittelständischen Wirtschaft und des Verbrauchers führt, keine sinnvolle Lenkungswirkung entfaltet und eine ideologische Richtung der Bundesregierung aufzeigt, die unsere Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Dies würde zu einer zusätzlichen Entlastung der mittelständisch exportorientierten Wirtschaft in Höhe von 4,50 Mrd. Euro führen.²

Die Aussetzung der Mehrwertsteuer für genannte Grundnahrungsmittel wie Brot, verarbeitetes Fleisch und Milchprodukte würde die Bürger in Deutschland um jährlich ca. 2 Mrd. Euro³ entlasten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der vorsieht,
 - (a) vorübergehend, für Otto-, Diesel- und Heizkraftstoffe die Mehrwertsteuer auszusetzen;
 - (b) das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) außer Kraft zu setzen und somit die CO₂-Abgabe abzuschaffen, um eine zusätzliche Reduzierung der Kraftstoffpreise herbeizuführen;
 - (c) Grundnahrungsmittel (insbesondere Brot, verarbeitetes Fleisch und Milchprodukte) vorübergehend von der Mehrwertsteuer zu befreien;
2. die EU-Kommission dazu aufzufordern, den Mineraldüngemittelkauf von den GMO-Maßnahmen zu finanzieren und die Landwirte damit zu unterstützen.

Berlin, den 15. März 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

¹ <https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/verbraucherpreise-inflation-in-deutschland-steigt-auf-5-1-prozent-was-jetzt-fuer-einen-anhaltenden-preisschub-spricht/28117846.html>

² Mit Gesamtverbrauchsangaben in Litern und den CO₂-Emissionsfaktoren 2,36 kg/Liter (Benzin) und 2,65 kg/Liter (Diesel) sowie dem aktuellen Abgabensatz für CO₂ in Höhe von 30 Euro/Tonne gem.

³ Umsatz Brot und Backwaren 4.280.000.000 Euro + verarbeitetes Fleisch 26.573.000.000 Euro + 27.428.000.000 Euro = 58.281.000.000 Euro/Jahr/100*7% = 4.079.670.000 Euro/2=2.039.835.000 Euro (<https://www.brotinstitut.de/brotinstitut/zahlen-und-fakten-zu-brot>; <https://de.statista.com/outlook/cmo/lebensmittel/milchprodukte-eier/deutschland#umsatz>; <https://de.statista.com/outlook/cmo/lebensmittel/fleisch/deutschland#umsatz>)

Begründung

Gegen eine steigende Inflation hat Polen ab Februar die Mehrwertsteuer auf einige Lebensmittel komplett gestrichen. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat ein Paket von Steuersenkungen auf Benzin, Erdgas und Strom in Verbindung mit Bargeldzuwendungen auf den Weg gebracht, um der Inflation von zuletzt 7,8 % zu begegnen. Ein Anstieg der Inflationsrate auf 10 % in Polen halten Experten für möglich.

Dieser Anstieg der Inflation könnte auch in Deutschland kommen und ist deshalb nur mit temporären Steuersenkungen zu verhindern.⁴

Die GMO besteht aus einer internen Komponente (Marktinterventionen, Vorschriften für die Vermarktung und Vorschriften für die Erzeugerorganisationen) und einer externen Komponente, die sich auf den Handel mit Drittländern bezieht (Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen, Einfuhrzölle, Verwaltung von Zollkontingenten, Ausfuhrerstattungen u. a.). Diese Reserve wird gebildet, indem die Direktzahlungen jedes Jahr nach dem Verfahren der Haushaltsdisziplin gekürzt werden (Verordnung (EU) Nr. 1306/2013). Wird diese Reserve in einem Jahr nicht ausgeschöpft, so werden die Mittel den Landwirten ausgezahlt. Die Krisenreserve wird zur Finanzierung der außergewöhnlichen Maßnahmen gegen Marktstörungen herangezogen.⁵

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/polen-streicht-mehrwertsteuer-auf-einige-lebensmittel-17698271.html>

⁵ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/108/die-erste-saule-der-gap-i-die-gemeinsame-marktorganisation-gmo-fur-landwirtschaft>

